

Gentechnisch veränderter Mais fördert Ausbreitung von Schädlingen

von Diethelm Schneider

Am 26. März 2010 brachte TestBiotech.org folgende Pressemitteilung heraus:

Gentechnisch veränderter Mais fördert Ausbreitung von Schädlingen - Testbiotech warnt vor Wettrüsten auf dem Acker

München / Bremen - Ausgelöst durch den großflächigen Anbau von gentechnisch verändertem Mais breitet sich in den USA ein neuer Schädling im Maisanbau aus. Die Raupe des Western Bean Cutworm [*Loxagrotis albicosta* (Smith)] befällt die Kolben von Maispflanzen, war aber bislang kein Problem für Landwirte. Jetzt verursacht er massive Schäden in den Regionen, in denen MON810 der Firma Monsanto angebaut wird.

MON810 produziert ein Insektengift, das die natürlichen Konkurrenten des Western Bean Cutworm verdrängt und diesem so eine neue ökologische Nische schafft. [...]

„Nach den vorliegenden Berichten nehmen die Schäden in den letzten Jahren deutlich zu“, erklärt Christoph Then, Geschäftsführer von Testbiotech und Autor des Berichtes. „Aber über die eigentliche Ursache der Ausbreitung des neuen Schädlings werden die Landwirte kaum informiert. Stattdessen nehmen die Agro-Konzerne die Situation zum Anlass, neuen gentechnischen veränderten Mais und äußerst giftige Insektizide zu verkaufen.“

Testbiotech wertete im Auftrag von Greenpeace verschiedene Berichte über die Ausbreitung des Western Bean Cutworm aus und befragte verschiedene Experten. Die eigentliche Ursache für die Ausbreitung dieses Eulenfalters sind auch bei den Landwirten in den USA kaum bekannt, obwohl sich der Schädling seit dem Jahr 2000 über den gesamten Corn Belt ausgebreitet hat. Die Landwirte werden nur darüber informiert, wie man die Insekten erkennen kann und welche Spritzmittel gegen sie wirken. Eine Warnung vor dem großflächigen Anbau von Mais MON810 wurde allerdings nicht veröffentlicht. Statt dessen empfehlen Unternehmen wie Monsanto neuen gentechnisch veränderten Mais anzubauen, der gleich sechs verschiedene Insektengifte produziert [...].

Martin Hofstetter, Landwirtschaftsexperte von Greenpeace, fasst die Ergebnisse des Berichts zusammen. „Auf den Äckern findet ein Wettrüsten gegen die Natur statt, das zu mehr Insektengiften und immer neuen gentechnisch veränderten Pflanzen führt. Dadurch können massive Schäden in der Umwelt verursacht werden. Zu den Opfern könnten auch die Landwirte gehören, die immer mehr Geld für Saatgut und Spritzmittel ausgeben müssen, ohne dass ihre Ernten steigen. Die von der Industrie angebotenen Lösungen sind weder nachhaltig noch ökologisch angepasst.“

Soweit die Pressemeldung.

Möglicherweise wird Ihnen das irgendwie bekannt vorkommen. In dem Beitrag ‚Gentechnische Veränderungen und natürliche Mutationen - ist das nicht das selbe?‘ vom 17.4.2007 hatte D. Schneider auf www.oekologie-forum.de folgendes gesagt:

[...]

Wie sieht es nun bei gentechnisch veränderten Pflanzen aus?

- Bei gentechnisch Veränderten Pflanzen werden zum Teil Gene eingesetzt, die in der ursprünglichen Population gar nicht vorhanden waren, wie das Bazillus-thuringensis-Toxin-Gen im Mais.
- Vor dem Ausbringen werden die Pflanzen darauf selektiert, dass die Genmerkmale auch ausgebildet werden.
- Die gentechnisch veränderten Pflanzen werden in großer Menge ausgebracht.

Das alles hat schwerwiegende Konsequenzen:

1. Stochastische Prozesse spielen praktisch

keine Rolle mehr bei der Ausbreitung und Etablierung.

2. Wenn sich die gentechnisch veränderte Sorte etablieren kann, werden Wildformen schlagartig verdrängt.

3. Damit entsteht ein enormer Selektionsdruck auf die Fressfeinde.

4. Als Konsequenz wird ein Großteil der Fressfeinde umkommen, und mit ihnen die sie in Schach haltenden Prädatoren (z.B. Schlupfwespen).

5. Bringen einige wenige Individuen z.B. aufgrund einer Mutation eine Präadaptation mit, die das Genprodukt des eingebrachten Gens für sie unwirksam macht, so können sie sich explosionsartig in eine leergefegte Nische vermehren.

6. Damit ist der gentechnische Eingriff nutzlos geworden.

7. Die Konsequenzen auf die Umwelt sind trotzdem verheerend, weil die Prädatoren, die die Fressfeinde ursprünglich in Schach gehalten haben (z.B. Schlupfwespen), jetzt fehlen. Meist wirkt sich das auch noch auf andere Flächen, und nicht nur die meist betrachteten Ackerflächen aus.

Was lernen wir daraus?

Aus biologischer Sicht ist das Ausbringen von gentechnisch veränderten Organismen Irrsinn mit langfristig verheerenden Folgen. [...]

Genau das bestätigt sich hier.

Trotzdem verkündet Forschungsministerin Annette Schavan, dass das Bundesforschungsministerium die Forschung in der Pflanzenbiotechnologie in den nächsten Jahren mit zusätzlich 50 Millionen Euro fördern will. Die Agro-Gentechnik in Deutschland soll damit weiter vorangebracht werden.

Der Bund Ökologischer Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) stellte gerade seinen Gentechnik-Schadensbericht in Berlin vor:

Der Gentechnik-Schadensbericht zeigt, dass die Nutzung der Agro-Gentechnik keinen gesamtwirtschaftlichen Nutzen bringt. Vielmehr verursacht der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen extrem hohe Kosten in der gesamten Lebensmittelkette. Sie entstehen durch stark steigende Saatgutpreise sowie erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung drohender Resistenzen, der Trennung der Warenströme und Analysen. Dazu kommen Schäden in Höhe von einigen Milliarden US Dollar, die bei Mais und Reis durch Kontaminationen mit nicht zugelassenen Gen-Konstrukten verursacht wurden. Die allenfalls geringen Kostenvorteile beim Anbau der Gen-Saaten rechnen sich auch in der Landwirtschaft nur kurzfristig. Klare Gewinner des Einsatzes von genmanipulierten Saaten sind eine Handvoll Konzerne, allen voran Monsanto, die sich mit Patenten auf Saatgut hohe Gewinne sichern.

Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des BÖLW, zieht Bilanz: „Profite aus der Agro-Gentechnik ziehen nicht die Landwirte oder Verbraucher – sie fallen allein bei den Saatgutkonzernen an. Es ist nicht einzusehen, warum diese Unternehmen durch Gesetze vor einer umfassenden Haftung geschützt werden und Gen-Saaten bei der Zulassung nur völlig unzureichend auf Umweltschäden und ökonomische Auswirkungen überprüft werden. Wir fordern die Verankerung einer umfassenden Verursachungsverhaftung und eine Reform des EU-Zulassungsverfahrens. Angesichts solcher Zustände muss Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner den Anbau stoppen und sich dem Ansinnen der EU-Kommission, jetzt weitere Genmais-Sorten zu zulassen, widersetzen.“

Wir halten fest: Die Agro-Gentechnik ist ökologischer Irrsinn mit verheerenden Folgen. Sie nützt niemandem, außer ein paar Saatgut-Herstellern, erzeugt aber hohe Folgekosten für die Allgemeinheit. Dass die Politik trotzdem nicht die Interessen der Allgemeinheit vertritt, sondern die der Saatguthersteller, ist ein Unding.



www.siebengebirgsregion.de

Gedanken zur Wahl in NRW

Nordrhein-westfälische Pirouetten

Jürgen Maier

Die Wählerinnen und Wähler haben gesprochen – aber was wollten sie sagen? Die alte schwarz-gelbe Koalition wollten sie offensichtlich los werden, aber wen sie stattdessen haben wollten, das bleibt unklar. Und daher laufen wir Gefahr, dass NRW wegen dieses unklaren Votums erst einmal keine neue Politik bekommen wird. Vielleicht noch nicht mal eine neue Landesregierung ... Hessen lässt grüßen. Roland Koch war 2008 auch schon politisch tot gesagt worden. Weil aber die neue Mehrheit gegen ihn keine Mehrheit für irgendetwas anderes war, blieb er uns bis heute erhalten - nach der Devise »Totgesagte leben länger«.

Was NRW braucht, ist eine drastische Kurskorrektur der Landespolitik, weg von einer Wirtschafts- und Umweltpolitik, die alte Strukturen und Branchen des 20. Jahrhunderts konservieren will und sich dem Strukturwandel verweigert. Für diese Politik standen im letzten Jahrhundert die SPD-Alleinregierungen und die SPD-Ministerpräsidenten der rot-grünen Koalitionen, und bis jetzt die CDU-FDP-Koalition. Wofür die neue Mehrheit im Landtag und die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler eigentlich stehen, bleibt dagegen einstweilen recht wolkig.

Energieland Nr. 1?

Der Pro-Kopf-Ausstoß an CO² liegt in NRW doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.



Energie in NRW: nicht zukunftsfähig!

schnitt, etwa auf dem Niveau der Ex-DDR. NRW ist für 30 % der deutschen CO²-Emissionen verantwortlich. Von den bundesweit über 250.000 Arbeitsplätzen in den erneuerbaren Energien befinden sich dagegen gerade mal 10 % in NRW. Damit ist die Herausforderung des Landes klar beschrieben: Sowohl ökonomisch als auch ökologisch hinkt NRW dem Rest der Republik hinterher. Das selbst ernannte »Energieland Nr.1« importiert seine Windräder inzwischen aus Sachsen-Anhalt (wenn man sie in NRW überhaupt aufstellen darf) und ist ein Klotz am Bein der deutschen Klimapolitik. Die alte Landesregierung hat in dieser Situation alles für neue Kohlekraftwerke getan und den Ausbau der erneuerbaren Energien nach Kräften behindert. Sie stand mit beiden Beinen fest im letzten Jahrhundert und wurde zu Recht abgewählt. Wir brauchen endlich eine Richtungsentscheidung, mit der NRW zum Vorreiter statt zum Opfer der Energiewende wird.

Verkehrspolitik des vorigen Jahrhunderts

Auch verkehrspolitisch gehen vom Land NRW keinerlei Impulse mehr aus – Mobilität im 21. Jahrhundert sieht für die bisherige Landesregierung genauso aus wie im letzten Jahrhundert, auch wenn sie in dieser Form längst nicht mehr bezahlbar ist. Aufgrund des jahrzehntelangen überzogenen Straßenbaus türmen sich heute immense Folgekosten. Die Instandhaltung des dichten Straßennetzes frisst Unsummen. Weder Bund noch Land haben das Geld dafür, planen und bauen aber immer

noch munter neue Straßen. Das Land hat inzwischen so gut wie keine Reserven für den Straßenneubau im Haushalt, das hält es aber nicht davon ab, neue Straßen eben vom Bund zu fordern.

Auch in der Verkehrspolitik ist vom Landtag also eine Richtungsentscheidung gefragt: weg vom teuren, autofixierten Mobilitätsmodell des letzten Jahrhunderts, hin zu einem Weltklasse-Nahverkehr. Klimafreundlich, leistungsfähig, kundenorientiert muss er sein – niemand soll in Stadtregionen und Ballungsräumen mehr »auf das Auto angewiesen« und gezwungen sein, monatlich Hunderte Euros für zwei und mehr Autos pro Haushalt ausgeben zu müssen.

Die gleichen Haushalte bezahlen über ihre Steuern millionenschwere Subventionen für den Autoverkehr, etwa die in Deutschland ausgeprägten Dienstwagenprivilegien, von denen der ‚Normalbürger‘ nichts hat. Jeder Steuerzahler subventioniert heute im Jahr mit 132 Euro die als Dienstwagen angemeldeten Spritfresser – und dies ist nur ein Beispiel. Für eine moderne Verkehrs- und Mobilitätspolitik müssen aber nicht nur Gelder umgeschichtet, sondern auch ineffiziente und überholte Strukturen aufgelöst werden. Wenn Kommunen und Landkreise das nicht schaffen, weil sie beispielsweise - wie in Bonn und Siegburg am Bedarf ihrer Kunden vorbei - entlang ihrer Kommunalgrenzen eigenbrötlerisch vor sich hin planen, müssen ihnen dafür die Kompetenzen vom Land entzogen werden. Wettbewerb belebt auch hier das Geschäft!

Milliarde schlecht investiert

Es ist ja nicht nur die täglich erlittene miserable Qualität des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS): Deutschlands zweitteuerster Verkehrsverbund, aber keineswegs derjenige mit den zweitbesten Leistungen. Die Verbraucherzentrale veröffentlichte in diesen Tagen eine Untersuchung des Schienennahverkehrs in den Bundesländern. Auffallend schlecht im Ländervergleich schneidet NRW ab: Obwohl das vergleichsweise dicht besiedelte Land eigentlich bessere Voraussetzungen mitbringt als etwa Bayern oder Brandenburg, fahren die Bürger in NRW im Jahr nur durchschnittlich 465 km mit Regionalzügen, verglichen mit 728 in Bayern oder 764 in Brandenburg. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 573 km. NRW erhält pro Jahr mehr als 1 Milliarde Euro vom Bund an sogenannten »Regionalisierungsmitteln« für den Schienennahverkehr und wirtschaftet damit offensichtlich erheblich schlechter als viele andere Länder. Bayern wendet pro gefahrenem Zug-Kilometer 8,89 Euro auf, während NRW dafür 11,70 Euro braucht! Woran liegt das? Der Düsseldorfer Landesregierung ist es offenbar nicht so wichtig, wie effizient die Bundesmittel vergeben werden, und vergibt Konzessionen auch mal an zu teure Anbieter.

Kann der neue Landtag diese Herausforderungen meistern? Die Koalition der Zukunftsverweigerer ist abgewählt, ob aus der Konfusion nach der Wahl eine gestaltungsfähige neue Mehrheit wird, ist jedoch sehr fraglich. Zu viele Stimmen gingen an Parteien, die die Zukunftsaufgaben nicht erkennen wollen. Das gilt nicht nur für diejenigen, die für die Politik der vergangenen Jahre stehen. Auch die über 550.000 Stimmen (7,6%) für Linkspartei und Piratenpartei sind leider für eine realitätstaugliche neue Politik verloren. Es scheint so, dass NRW erst noch eine Reihe politischer Schleifen drehen muss, bis es sich endlich an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts machen kann. Solange bleibt Herr Rüttgers geschäftsführend im Amt – und im Bundesrat.